

Es braucht einen „Staatsmann“, der entscheidet und umsetzt

„Wir brauchen als Bundeskanzler einen Staatsmann, der zuhört, entscheidet, vorausdenkt und umsetzt.“ Das betonte Landeshauptmann Thomas Stelzer am vergangenen Freitag in Wels, als er seine Eröffnungsrede als Gastgeber bei der Präsentation des „Österreichplans“ dazu nutzte, Bundeskanzler Karl Nehammer zu stärken. Weder seien „linke Träume“ noch die verbitterten „Hetzler“ gefragt. „Mit dem Österreichplan zeigt die Volkspartei klar, wie sich Österreich weiterentwickeln kann. Werben wir um Vertrauen für einen gemeinsamen Weg Österreichs.“

Besonders begrüßte Stelzer das klare Bekenntnis zu Leistung und einer Politik mit Hausverstand: „Österreich ist in einer entscheidenden Phase. Wenn wir eines der erfolgreichsten und sichersten Länder bleiben

wollen, sind jetzt Mut und Leistung gefragt. Damit muss jenen eine Absage erteilt werden, die Österreich zu einer Art „All-Inclusive-Club“ umbauen wollen oder Vorschriften um Vorschriften erfinden und jene bremsen, die etwas weiterbringen wollen. Vielmehr braucht es Wertschätzung für jene, die arbeiten und mehr arbeiten“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer.

OÖVP-Landesgeschäftsführer Florian Hiegelsberger ortete in Nehammers Rede eine „überzeugende Vision für Österreich“. Der Bundeskanzler lenke damit „die Volkspartei und unser Land auf Erfolgskurs“, so Hiegelsberger. Besonders erfreulich sei, dass zahlreiche Kernanliegen Oberösterreichs verankert seien, etwa der Ausbau der Kinderbetreuung. Auch der Volkspartei-Kurs im Sicherheits- und Migrationsbereich sei richtig.



Landeshauptmann Thomas Stelzer hielt die Eröffnungsrede in Wels.

OÖVP hat ihre Kandidaten für die EU-Wahl fixiert

Mitte Jänner kürte die Oberösterreichische Volkspartei bereits Europaabgeordnete und ÖVP-Delegationsleiterin Angelika Winzig zur Spitzenkandidatin für die Europawahl. Am Wochenende hat der OÖVP-Landesparteivorstand einstimmig die weiteren fünf Kandidaten für die Europawahl beschlossen:

- Severin Gruber, Roitham
- Martin Mairhofer, Hofkirchen
- Kristina Malina-Altzinger, Wels

- Birgit Streicher-Erneberger, Garsten
 - Ursula Voglsam, Steyr
- „Die Kandidaten an der Seite von Angelika Winzig bringen wertvolle Kompetenzen und Perspektiven aus allen Teilen der Bevölkerung ein. Das OÖVP-Team hat einen Frauenanteil von 66,7 Prozent. Die Kombination aus erfahrener Führung und vielseitigem Team gewährleistet die bestmögliche Vertretung der Interessen Oberösterreichs in Europa“, ist Landeshauptmann Stelzer sicher.



BB-Kandidat Martin Mairhofer



Spitzenkandidatin Winzig

DA MOAR

SEIN KOMMENTAR DER WOCHE

„De grüne EU-Spitzenkandidatin wü in Brüssel a Wende in da Landwirtschaft emleiten. De 23-Jährige hod bislang wahrscheinlich nu ned amoi an Apfel geerntet.“



Düngeverbote enden, dennoch ist weiter Vorsicht geboten

Demnächst enden die Ausbringungsverbote beziehungsweise ist Sperrfristende für die Ausbringung von N-haltigen Düngern. Dennoch bedeutet das noch nicht, dass eine Düngung möglich ist.

DI THOMAS WALLNER, BWSB

Mit der österreichischen Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung (NAPV) wird eine EU-Nitrat-Richtlinie umgesetzt. Sie verfolgt das Ziel, den Nitrat-Eintrag aus landwirtschaftlichen Quellen in Gewässer zu reduzieren beziehungsweise auf einem niedrigen Niveau zu halten. Daher ist auch nach Ende der Ausbringungsverbote Vorsicht geboten, denn ein Eintrag von Nährstoffen, insbesondere Stickstoff und Phosphor, in Grund- und Oberflächengewässer muss jedenfalls verhindert werden.



Eine Düngung zu Winterweizen ist ab dem 16. Februar wieder erlaubt. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass keine generellen Düngeverbote bestehen.

Düngung möglich ab dem 16. Februar

Der Zeitraum, in dem die Ausbringung stickstoffhaltiger Düngemittel auf landwirtschaftliche Nutzflächen verboten ist, endet am 15. Februar, das heißt, eine Dün-



Eine Düngung bei gefrorenem Boden ist unzulässig.

gung ist ab dem 16. Februar wieder möglich. Abweichend davon ist das Ausbringen von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf Kulturen mit frühem Stickstoffbedarf wie Durum-Weizen, Raps und Gerste sowie für Kulturen unter Vlies oder Folie ab dem 1. Februar wieder zulässig. Aber Achtung: Das gilt nicht für Teilnehmer an ÖPUL-Vorbeugenden Grundwasserschutz – Acker. Für diese gibt es bei Mais in Oberösterreich eine strengere Sperrfrist. Teilnehmer an der ÖPUL-Maßnahme „Vorbeugender Grundwasserschutz – Acker“ (Grund-Wasser 2030) müssen innerhalb der Gebietskulisse in Oberösterreich auf die Ausbringung von leichtlöslichen, stickstoffhaltigen Düngern (wie zum Beispiel Gülle) bei Mais bis einschließlich 21. März verzichten. Es gilt generell ein Düngeverbot ab 15. Ok-

tober bis einschließlich 15. Februar auf allen Ackerflächen (außer Ackerfutterflächen).

In diesem Zusammenhang ist für alle Betriebe – unabhängig einer ÖPUL-Teilnahme – zu bedenken, dass die Ausbringung von leichtlöslichen, stickstoffhaltigen Düngemitteln, wie zum Beispiel Gülle, nur auf einer lebenden Pflanzendecke oder unmittelbar vor dem Anbau erfolgen darf.

Es gibt auch generelle Düngeverbote

Unabhängig von den Sperrfristen ist auf gefrorenen, auf schneebedeckten sowie auf allen wassergesättigten oder überschwemmten landwirtschaftlichen Nutzflächen eine Düngung mit stickstoffhaltigen Düngemitteln unzulässig.

Wassergesättigt ist ein

Boden, dessen Wasseraufnahmefähigkeit erschöpft ist. Ein schneebedeckter Boden liegt vor, wenn zum Zeitpunkt der Ausbringung von stickstoffhaltigen Düngemitteln weniger als die Hälfte des Bodens des Schlages schneefrei ist. Es wird empfohlen im Falle einer Schneedecke (egal wie groß) generell keine Düngungsmaßnahmen durchzuführen.

Nach dem Ende des Verbotszeitraumes dürfen leichtlösliche, stickstoffhaltige Düngemittel in einer Höhe von maximal 60 kg N ab Lager auf Böden ausgebracht werden, die durch Auftauen am Tag des Aufbringens aufnahmefähig und nicht wassergesättigt sind sowie eine lebende Pflanzendecke aufweisen. Eine Fotodokumentation, die belegt, dass entsprechend den Richtlinien gehandelt wurde, wird empfohlen.

STANDPUNKT

THOMAS MURSCH-EDLMAYR, REDAKTIONSLEITER

Der Kanzler und die Bauern

Das Interesse an der Präsentation des Österreich-Plans von Bundeskanzler Karl Nehammer war größer als erwartet. Einige Teilnehmer seien sogar mit dem Traktor nach Wels gekommen, so der Moderator. Dass für den Kanzler, wenn er von der ÖVP als „Familienpartei“ spricht, auch die bäuerlichen Familienbetriebe gemeint sind, zeigte sich schon in seinen ersten Worten. Er berichtete von einer „berührenden Begegnung“ mit einem Jungbauern bei einer Veranstaltung. Auf die Frage, warum er den elterlichen Hof in diesen, für die Landwirtschaft so herausfordernden Zeiten übernehmen sollte, antwortete der Bundeskanzler: „Das muss ich dir nicht sagen, weil ich spüre, dass du es willst und die dafür nötige Leidenschaft in dir trägt, diese besondere Herausforderung anzunehmen.“

Herausfordernd waren die Zeiten schon immer, vor allem in der Landwirtschaft. Aber die ÖVP, die von vielen Medien (nicht ohne Grund) auch als „Bauernpartei“ bezeichnet wird, hat ihre Klientel mit diesen Herausforderungen nie alleine gelassen. Auch weil der Bauernbund, die stärkste agrarpolitische Interessensvertretung des Landes, als Teilorganisation fest in der Partei verankert ist.

Der Bundeskanzler weiß, welche unverzichtbaren Leistungen die Bäuerinnen und Bauern für das Land erbringen. Deshalb hat er der Landwirtschaft auch ein eigenes Kapitel in seinem Plan gewidmet. Entscheidend wird aber sein, dass er es auch umsetzen kann, denn von den politischen Mitbewerbern ist keine Unterstützung für den Bauernstand zu hören – ganz im Gegenteil sogar.

